

Zur Debatte über die „Orientierungshilfe“

VON EBERHARD BRAUN

Der Präsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Volker Jung, verteidigte die Segnung homosexueller Lebenspartnerschaften vor dem Altar. Er sei sicher, dass es Gott gefalle, wenn solche Paare, die sich lieben und Verantwortung füreinander übernehmen, den Segen erbitten, sagte Jung. Seit einigen Wochen ist die Segnung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft der Trauung in Hessen weitgehend gleichgestellt. Sie wird ins Kirchenbuch eingetragen, zudem wird eine Bescheinigung darüber erstellt. Die EKD hatte in einer 160-seitigen Orientierungshilfe mit dem Titel „Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken“ gefordert, alle Familienformen zu stärken und schloss dabei auch Patchworkfamilien und homosexuelle Partnerschaften ein (s. *Anstöße* 2/2013).

Ohne dogmatische Voreingenommenheit wurde hier einfach die Bibel gelesen und festgestellt, dass da sehr unterschiedliche Formen eines verbindlichen Zusammenlebens gefunden werden können. Die hessen-nassauische Kirche hat nun ein neues Argument für die Segnung gleichgeschlechtlicher Paare eingebracht: „Homosexualität gehört zur Schöpfung“. So steht das natürlich nicht in der Bibel! Aber es ist die Konsequenz eines theologischen Denkens, das die Vielfalt der natürlichen Lebensformen, die sich im Laufe der Jahrtausende auf dem Planeten Erde entwickelten, als „Gottes gute Schöpfung“ erkennt und anerkennt!

Im australischen Wahlkampf Ende August dieses Jahres hat der dann abgewählte Premierminister

→ weiter auf Seite 2



Karikatur: Kostas Koufogiorgos

Für Demokratie, Partizipation und Transparenz

VON MARTIN PLÜMICKE

Demokratie in der Kirche ist für viele ein Reizwort. Demokratie, also Volksherrschaft - haben wir in der Kirche nicht Christokratie, die Herrschaft Christi? Diese Frage begegnet mir oft und ich antworte: Muss das denn ein Gegensatz sein? Müsste es denn für eine Kirche, die auf der Menschwerdung Gottes beruht und in der das Priestertum aller Gläubigen gelebt wird, nicht selbstverständlich sein, sich auch demokratisch zu organisieren? Ich will diese Frage hier nicht abschließend erörtern. Aber eines ist klar: Eine demokratische Struktur widerspricht der Christokratie ganz sicher nicht.

Wir treten für eine neue Kirchenverfassung ein. Eine Verfassung, die die jetzige aus dem Jahr 1921 ablöst. Eine Verfassung, die den Grundsätzen Demokratie, Transparenz und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet ist.

Mit der Urwahl der Synode haben wir starke demokratische Elemente. Diese sind nur leider nicht durchgehalten. Die Wahl des Oberkirchenrats durch den Landeskirchenausschuss ohne Ausschreibung der jeweiligen Stellen ist weder transparent noch demokratisch. Die Möglichkeit des Oberkirchenrats, Verordnungen

zu erlassen, ohne dass die Synode ihn dazu ermächtigt hat, und das fehlende Recht der Synode, den OKR zu kontrollieren, gibt ihm fast allmächtige Kompetenz. Genau das ist sein Image bei Gemeinden und Pfarrern. Wenn man sechs Jahre in der Synode ist, erlebt man den OKR oft eher als ohnmächtig. Vielleicht ist das ja der Ausdruck der fehlenden Legitimität.

Zur Redlichkeit der Kirche gehört auch der faire Umgang mit den Mitarbeitenden. Das gilt insbesondere für die Diakonie. Es kann nicht sein, dass diakonische Einrichtungen mit schlechten Arbeitsbedingungen immer wieder Schlagzeilen machen. Wir, die OFFENE KIRCHE, stehen für gerechte Entlohnung, Tarifgestaltung, familiengerechte Arbeitsbedingungen und demokratische Mitbestimmung. Dabei muss auch der Dritte Weg auf den Prüfstand, nicht nur weil uns das neueste Urteil des Bundesarbeitsgerichts dazu zwingt.

Finanzen

Unsere Kirche hängt stark vom Kirchensteueraufkommen ab, das von den Kirchengenossen aufgebracht wird. Und da wir seit Jahren einen Rückgang der Kirchenmitglieder haben, wird langfristig die Kirchensteuer

sinken. Doch das ist im Moment nicht unser Problem. Die Rücklagen, sowohl die der Landeskirche als auch der Kirchengemeinden bei der Landeskirche, sind mehr als voll. Das ist die Folge einer jahrelangen, völlig übertriebenen Sparpolitik, die manchen Arbeitsbereich der Landeskirche an den Rand seiner Existenz gebracht und viele Kirchengemeinden vor das Problem gestellt hat, ihre Haushalte in Jahren sprudelnder Kirchensteuereinnahmen nicht mehr ausgleichen zu können. Das muss ein Ende haben! Mit einem 100-Tage-Programm will die OFFENE KIRCHE, wenn es die Mehrheiten nach der Wahl zulassen, den Kirchengemeinden das Geld geben, das ihnen zusteht, und im landeskirchlichen Haushalt die Kürzungen wieder zurücknehmen:

- Die Stellen des Islam-Beauftragten und des Beauftragten für den christlich-jüdischen Dialog werden wieder auf 100% aufgestockt.
- Das Friedenspfarramt wird ebenfalls wieder auf 100% aufgestockt.
- Die Kürzungen beim Umweltbeauftragten werden zurückgenommen.
- Und der Akademie in Bad Boll werden wir wieder mehr Luft geben,

→ weiter auf Seite 2

EDITORIAL



→ Fortsetzung von Seite 1, links

Rudd, bekennender Christ, erläutert, dass er seine Meinung in dieser Frage aus Gewissensgründen geändert habe: „Schwul oder lesbisch zu sein, ist keine Wahl – Menschen werden so geboren.“ Ein Pastor hielt ihm vor, dass die Bibel sagt: „Ein Mensch wird Vater und Mutter verlassen und sich seiner Frau zuwenden...“. Rudd konterte, die Bibel halte auch Sklaverei für eine selbstverständliche, natürliche Gegebenheit!

Liebe Leserinnen und Leser,

auf dem Mitarbeiter-Wochenende der Gemeinde durfte ich wieder erfahren, wie schön und bereichernd die Gespräche mit Jugendlichen sind. Sie sind die Zukunft. Sie werden die Kirche prägen. Ein Mädchen sagte am Ende der Freizeit sinngemäß: „Ich habe meinen Glauben und der gehört zu mir, den kann ich leben. So kann doch jeder seinen eigenen Glauben haben und leben.“ Solche Toleranz sollte in Lebens- und Glaubensfragen oberstes Prinzip sein.

Aber in den Gesprächen wurde auch deutlich, dass jugendliche Erwartungen an die Gemeinschaft der Christinnen und Christen haben. Sie wollen die Kirche voranbringen. Gerade vor der Wahl merken wir deutlich, dass Kirchenpolitik uns nicht gleichgültig sein kann. Die Entscheidungen der Synode bestimmen den Kurs intern und extern. Politik wird auf jeden Fall gemacht. Die Kirche wird nicht heiliger, wenn ich mich der Wahl verweigere. Sie wird dann aber unter Umständen von denen geprägt, die ich nicht gewählt hätte.

Was ist mein Bild von Kirche in der Zukunft? Dieser Gedanke entscheidet meine Wahl. Wird die Kirche in 20 Jahren von einer freien und offenen Gesellschaft abgehängt sein? Oder sorgt sie dafür, dass jeder seinen eigenen Glauben haben und sein gewähltes Leben führen kann? Gestaltet die Kirche im Geist der Freiheit des Evangeliums eine tolerante und offene Gesellschaft mit? Mein Glaube kann in der Kirche politische Kraft entfalten. Jeder, der wählen geht, nimmt daran teil. Das ist ein Segen, weil wir eine Botschaft von Erlösung und Befreiung haben. Zum ersten Mal können auch Jugendliche ab 14 Jahren ihre Vision von Kirche einbringen. Das macht Hoffnung!

Mit den besten Wünschen aus der Redaktion, Ihr

Jörg Boss

Das zeigt und wir haben es tausendmal erlebt: Wenn mit der Bibel und von ihr ausgehend argumentiert wird, wird immer auch eine (willkürliche) Auswahl getroffen! Die „Orientierungshilfe“ argumentiert dankenswerterweise zunächst von der gesellschaftlichen Realität und dem heutigen wissenschaftlichen Kenntnisstand aus und bezieht die Bibel in dieses Gespräch ein. So entstehen Updates. Die hessen-nassauische Kirche hat daraus Konsequenzen gezogen. Sie stellt den kirchlichen Rahmen für eine volle Gleichstellung gleichgeschlechtlicher und heterosexueller Paare und versucht so, dem Leben in seiner Vielfalt gerecht zu werden.

Termine

Samstag, 15. März 2014, Gemeindefaal der Erlöserkirche in Stuttgart, Birkenwaldstraße 24

Mitgliederversammlung der OFFENEN KIRCHE

Den Vortrag am Vormittag hält der Publizist Jürgen Grässlin zum Thema „Waffenhandel – wie Baden-Württemberg am Krieg verdient“.

Termin schon vormerken!

Für Vielfalt und Gerechtigkeit – mit Profil und Biss



Prof. Martin Plümicke bei seiner Wahlrede am 14.9.2013. Rechts: Ulrike Stepper.

→ Fortsetzung von Seite 1, rechts

um den Umbau kreativ gestalten zu können.

Evangelisch in Württemberg

Unsere Gesellschaft hat sich verändert. Es ist längst nicht mehr selbstverständlich, dass Kirche und Glauben im Alltag eine Rolle spielen. Das nehmen wir alle wahr. Und wir sind hilflos. Das nimmt auch das konservative Lager unserer Landeskirche wahr und legt ein missionarisches Programm nach dem anderen auf. War es in der letzten Legislaturperiode das Programm „Wachsende Kirche“ mit dem vielsagenden Slogan „Wachsen gegen den Trend“, so ist es jetzt das Schlagwort „Evangelisch in Württemberg“. Es geht immer darum, Menschen zum Glauben zu rufen. Dagegen ist ja zunächst nichts zu sagen. Aber alle diese Programme scheitern letzten Endes. Es läuft immer darauf hinaus, dass die Frommen noch frömmen werden, aber kaum andere erreicht werden.

Deshalb müssen wir den Begriff Mission in einer multikulturellen, multireligiösen Gesellschaft völlig neu denken lernen. Wir dürfen nicht erwarten, dass der vielleicht atheistisch erzogene Jugendliche, der mit der Kirche heute nichts anfangen kann, innerhalb kürzester Zeit zum Jugendkreismitglied in der Kirchengemeinde wird oder dass der türkischstämmige, muslimische Nachbar zu einem württembergischen Christ wird. Es geht vielmehr darum, im Geiste des Evangeliums das Zusammenleben zu organisieren – einen Dialog der Religionen und Kulturen in Gang zu bringen, Gastfreundschaft zu üben und den Frieden zwischen den Menschen zu fördern. Das ist Mission, wie wir

von der OFFENEN KIRCHE es verstehen. Missionsprogramme, die in diese Richtung gehen, werden wir offensiv unterstützen.

Ein Wort zu den anderen Gesprächskreisen

Zu den württembergischen Besonderheiten gehört die Urwahl unserer Landessynode. Dadurch haben sich von Anfang an so etwas wie Kirchenparteien und Fraktionen, die Gesprächskreise, in der Landessynode gebildet. Viele in unserer Landeskirche tun sich schwer damit, denn so etwas wie Parteizänk soll auf alle Fälle vermieden werden. Aber es gibt Gesprächskreise in dieser Landeskirche. Sie haben eine wichtige Funktion in der Wahrnehmung der Aufgaben in der Synode. Die OFFENE KIRCHE steht zu den Gesprächskreisen und wünscht sich endlich eine ehrliche Verankerung in der Kirchenverfassung und Geschäftsordnung der Landessynode.

Wenn es Gesprächskreise gibt, so gibt es auch Unterschiede. Und wenn es Unterschiede gibt, so müssen diese auch transparent werden. Deshalb stehen wir als OFFENE KIRCHE zu offenen Auseinandersetzungen und zu fairem öffentlichen Streit, auch wenn wir nicht alles kopieren müssen, was wir aus der Politik kennen.

Wir, die OFFENE KIRCHE, stehen für **Vielfalt und Gerechtigkeit – mit Profil und Biss** in unserer Kirche! Vertreten wir unsere Positionen offensiv, stellen wir dar, dass wir die besseren Ideen für unsere Landeskirche haben!

→ WEITERLESEN:

Der vollständige Text ist nachzulesen auf www.offene-kirche.de

OFFENE KIRCHE

Ohne Mehrheit – aber nicht ganz ohne Erfolge

Sechs Jahre Arbeit in der Landessynode

VON RENATE LÜCK UND EBERHARD BRAUN

Was hat die Synodalgemeinschaft der OK geschafft? Eine Bilanz vor der Wahl. Oft ging es (natürlich) ums Geld und dann war's (fast) immer schwierig.

Ein paar Anträge brachte die OK aber durch:

- Die „Aktuelle Stunde“ wurde zunächst befristet eingeführt, dann mit 2/3-Mehrheit in die Geschäftsordnung aufgenommen. Nun können die Synodalen am Anfang einer Tagung über brisante Themen diskutieren, aber natürlich nichts beschließen.
- Die Einrichtung einer Ombudsstelle gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch in der Evangelischen Kirche in Württemberg wurde beschlossen. Eine Handreichung zur „Prävention von sexualisierter Gewalt“ ist auf dem Weg.
- Die Leitlinien „Nachhaltig handeln in der Landeskirche“ fanden die Mehrheit, aber für die Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes, an denen auch Kirchenleute mitgearbeitet hatten, muss noch gekämpft werden, siehe Anstöße 2/2013.

Einige OK-Anträge betrafen Strukturen:

- Die Geheimhaltung von Ergebnissen in Ausschussberatungen wurde aufgehoben. Nun ist erlaubt, öffentlich darüber zu sprechen, auch wenn das Plenum noch nicht abschließend beraten hat.
- Das „Organisationsziel“, bis in zehn Jahren alle Leitungspositionen paritätisch mit Frauen und Männern zu besetzen, wurde besiegelt. Zur Zeit sind nicht einmal zehn Prozent der Dekanstellen mit Frauen besetzt und in den letzten zehn Jahren wurde nicht eine Frau in den Oberkirchenrat berufen.
- Ein hart errungener Kompromiss war die landeskirchliche Anstellung von Diakon_innen bei Zustimmung des Anstellungsträgers (Kirchenbezirk) und der/des Angestellten. Der ursprüngliche OK-Antrag stellte zu einer landeskirchlichen Anstellung aller Diakon_innen bei Finanzierung durch die Kirchenbezirke geführt.
- Vom OKR noch nicht umgesetzt ist die beschlossene Einrichtung einer zweiten Fundraiser-Stelle.

Manche Anträge wurden gemeinsam mit Synodalen anderer Gesprächskreise eingebracht:

- Die Erklärung zum Schwerpunkttag „Reichtum braucht ein Maß, Armut eine Grenze“
- die Neugruppierung des Haushaltsplans, damit gleich erkennbar ist, welches Dezernat für welche Aufgabe zuständig ist. Allerdings hat dies der OKR erst teilweise umgesetzt.
- Der Kirchengemeindetag ist jetzt in der Geschäftsordnung verankert, so dass er zu allen Fragen, die die Kirchengemeinden betreffen, angehört werden kann.
- Ausgebremst wird jedoch die Arbeitsgruppe zur Kirchenbezirksreform: Es bleibt beim freiwilligen Zusammenschluss von Kirchenbezirken. Der OKR ist nicht einmal bereit, eine Zielkarte 2030 aufzuzeigen. Hier hätte die OK sich mehr gewünscht.

Keine Gentechnik auf Kirchenland

Eine ganze Reihe von Anträgen (vor allem von Ruth Bauer/OK) zum Themenbereich „Bewahrung der Schöpfung“ wurden teilweise vom OKR umgesetzt ohne weitere synodale Beschlussfassung, etwa die „Umsetzung der Klimaschutzbeschlüsse“, die unter anderem eine klimaneutrale Landeskirche fordern:

- Die Verpflichtung zur CO₂-Reduktion und Zuschüsse für energetische Renovierungen, vor allem bei Pfarrhäusern.
- Eine Klimaschutzstrategie wurde von einem Institut erstellt und im Moment wird geprüft, ob Windkraftanlagen auf kircheneigenem Grund gebaut werden können. Verboten ist Gentechnik auf Kirchenland.

Manchmal konnte die OK Anträge anderer Gesprächskreise erfolgreich verbessern:

- z.B. das Pfarrstellenbesetzungsgesetz: Bei einem Wahlverfahren kann das Besetzungsgremium (KGR) nun eine_n vierte_n Bewerber_in zusätzlich einladen, der/die nicht vom OKR vorausgewählt wurde.
- Jugendsynodalen werden mit beratender Stimme zugewählt.

Die meisten Anträge der OK wurden aber von der Mehrheit der Synode abgelehnt. Hier eine Auswahl:

- Änderung der Geschäftsordnung (u.a. Aufnahme von Gesprächskreisen = Fraktionen, Möglichkeit einer wirklichen Stimmenthaltung)
- Änderung der Wahlordnung, so dass bei Ausscheiden eines Mitglieds ein/e Synodale des gleichen Gesprächskreises nachrücken kann
- Pflicht zur Ausschreibung aller Stellen – auch im Oberkirchenrat!
- Wahl der OKR-Mitglieder durch die Landessynode
- sämtliche Anträge, die die Aufhebung sogenannter „Einsparmaßnahmen“ betrafen: die Akademie Bad Boll – das Friedenspfarramt – die Stellen des interreligiösen Dialogs – das Büro des Umweltbeauftragten etc.
- alle Anträge, die auf eine rechtliche Verbesserung für homosexuell verpartnerter oder in religionsverschiedener Ehe lebende Pfarrerrinnen und Pfarrer abzielten
- ein Fonds zur Unterstützung von „refugio“
- veränderte Thesen zu „Evangelisch in Württemberg“, die dann als Alternativen veröffentlicht wurden
- Verankerung kirchlicher Grundrechte in der Verfassung
- das Jahresthema 2013: „Beten und Arbeiten für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“
- Antrag zu einem kircheninternen Darlehen für energetische Renovierungen wie im sogenannten „Stuttgarter Modell“

Veränderungen sind überfällig! Um sie zu erreichen, braucht die OFFENE KIRCHE mindestens 30 Sitze (ein Drittel der Stimmen) in der Synode. Die Einstellung, „Christ_innen müssen sich doch vertragen“ zieht nicht. Auch Christ_innen haben verschiedene Meinungen und versuchen, sie durchzusetzen.

→ WEITERLESEN:

Beachten Sie bitte unsere Beilage zur Wahl und unsere Wahl-Website wahlen.offene-kirche.de

LESERBRIEFE I

2017 – Martin Luther feiern? anstöße 2/2013

Ich finde den Bericht über die Judenfeindlichkeit Luthers sehr einseitig. Auch mir ist bekannt, dass Luther in seinen späteren Lebensjahren jüdenfeindliche Äußerungen abgegeben hat. Diese antisemitische Haltung Martin Luthers ist sicher sehr bedauerlich, muss aber im Hintergrund der damaligen Zeit gesehen werden, in welcher die Juden leider auch in dieser Epoche starken Anfeindungen ausgesetzt waren. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn über das Lebenswerk Luthers etwas ausführlicher und differenzierter von Ulrich Immendorfer berichtet worden wäre. Neben den nicht zu leugnenden dunklen, negativen Aspekten des Lebens von Luther hätte m. E. auch über die sehr positiven Seiten des Wirken von Luther berichtet werden müssen. Ein objektiver Bericht über die Rezension des Buches „An Luthers Geburtstag brannten die Synagogen“ von Sibylle Biermann-Rau hätte außerdem die nicht zu übersehenden Leistungen Luthers wie die Bibelübersetzung in die deutsche Sprache, die notwendige Reformation der Kirche (Luther wollte keine Spaltung der Kirche) und die dringend notwendige geistige Erneuerung herausstellen müssen.

Deshalb sollten wir als evangelische Christen 500 Jahre Reformation kritisch, aber auch mit Freude und mit gewissem Stolz auf seine Leistungen feiern!

Rainer Stöffges, Schwieberdingen

„Für uns Protestanten darf Luther nicht unfehlbar sein. Wir können unterscheiden zwischen einem Luther, der die biblische Botschaft ins Zentrum gerückt hat, und einem Luther, der sich in der Judenfrage nicht mehr an diesen Maßstab gehalten hat.“

BIERMANN-RAU

In der Höhle der Löwin



Bärbel Wartenberg-Potter wurde am 16. September 2013 70 Jahre alt. Sie feierte den Geburtstag dreimal: In Lübeck mit der Familie und der „weiten Welt“, in Hamburg bei einem Seminar „Zoologie trifft Theologie“ und in Bad Boll mit langjährigen Weggefährten. Sie lernte, eine Löwin zu sein schon im Gymnasium unter lauter Jungen, bei ihrem ersten Besuch in Afrika, als sie ihre Alltags-Engel traf, am Bett ihrer unheilbar kranken Kinder, bei vielen Diskussionen in aller Welt und schließlich als dritte deutsche Bischöfin in Lübeck.

Das Motto dieser Festveranstaltung „Wenn du in die Höhle des Löwen gehst, vergiss nicht, auch du bist eine Löwin“ ist ein Mutmach-Satz ihres zweiten Mannes Philipp Potter. Sie lernte, eine Löwin zu sein schon im Gymnasium unter lauter Jungen, bei ihrem ersten Besuch in Afrika, als sie ihre Alltags-Engel traf, am Bett ihrer unheilbar kranken Kinder, bei vielen Diskussionen in aller Welt und schließlich als dritte deutsche Bischöfin in Lübeck.

Illustriert wurden diese Lebensphasen durch „Herztöne“ – erzählte, gesungene und gemalte – von vertrauten Freunden und Freundinnen. Beeindruckend, wie Betty und Peter Arendt aus Dänemark jeweils die passenden Lieder dazu fanden und die ganze Versammlung bewegten. Bewegt waren die Gäste aber auch, als die Jubilarin aus ihrem druckfrischen Buch „Anfängerin – Zeitgeschichten meines Lebens“ (Gütersloher Verlagshaus) las.

Renate Lück

OFFENE KIRCHE

Mitgliederversammlung und Wahlauftakt

VON RENATE LÜCK

Zweieinhalb Monate vor der diesjährigen Kirchenwahl stellten sich am 14. September 2013 in Stuttgart laut Satzung die Kandidierenden für die Landessynode der Mitgliederversammlung vor. Es sind 46 Personen – 18 Theolog_innen und 28 Nichtordinierte – jeweils zur Hälfte Frauen und Männer, Jung und Alt gut gemischt. Wie Gerhard Schubert, der schon viele Wahlen miterlebte, bemerkte, ist es das erste Mal, dass die OFFENE KIRCHE in **allen Wahlbezirken** Menschen gefunden hat, die sich engagieren wollen, dem Wahlprogramm der OK in der Landeskirche zum Durchbruch zu verhelfen. 14 Mitglieder des bisherigen Gesprächskreises kandidieren wieder und freuen sich auf die Unterstützung der Neuen – „so man sie denn lässt“, wie einige formulierten. In der Beilage in dieser Ausgabe von **anstöße** sind alle zu sehen.

Nachzuholen war noch die Entlastung von Vorstand und Rechner, da im März der Jahresabschluss 2012 noch nicht geprüft werden konnte. Johannes Dürr erläuterte die Zahlen und berichtete, dass das AMOS-Preis-Stiftungskapital zur Zeit 52.600 Euro beträgt. Der AMOS-Preis-Geschäfts-



Alle anwesenden Kandidierenden für die Landessynode

führer, Roland Helber, regte bei der Gelegenheit an, bei runden Geburtstagen um Spenden oder Zustiftungen zu bitten. Entsprechend der Empfehlung von Rechnungsprüfer Fritz Röhm und Marianne Gmelin wurden Johannes Dürr und der übrige Vorstand bei Enthaltung der Betroffenen entlastet. Die Vorsitzende dankte auch Michaela Schlecht für ihre Arbeit an der Website und dem Organisieren der Veranstaltung.

Bei der Rede von Martin Plümicke, der Erfahrungen in der jetzigen Landessynode und Wünsche für die Zukunft umriss, erhielt er besonderen Applaus für das 100-Tage-Programm, in dem die überzogenen Sparbeschlüsse zurückgenommen werden sollen. Auch der Dritten Weg müsse überprüft werden. Der Text der Rede ist zu finden auf der Website der OFFENEN KIRCHE: www.offene-kirche.de



Interessiert hören die Mitglieder den Reden zu



Ulrike Stepper und Michaela Schlecht

LESERBRIEFE II

Wolfgang Ristok „Gedanken zur Erneuerung der Gottesdienstkultur unserer Landeskirche“ anstöße 2/2013

Einspruch!

Was Wolfgang Ristok an dieser Stelle als „Gedanken zur Bewahrung der Gottesdienstkultur“ geäußert hat, erscheint mir eher als Fahrplan zu deren Umwandlung in Beliebigkeit und Bespaßung. Ristok will sich programmatisch vom württembergischen Predigtgottesdienst als sonntäglicher Normalform verabschieden. An dessen Stelle soll ein Mix aus unterschiedlichen Zielgruppengottesdiensten treten, mal die Familie, mal die liturgisch Interessierten, mal die spielenden Kinder ansprechend. Bibelauslegung gibt es dann nur noch einmal im Monat. Reicht ja auch. Oder?

Nein! Noch einmal Einspruch! Wer den Sonntag vor dem Ungeist des kapitalistischen Verwertungs- und Nützlichkeitsdenkens bewahren will, darf ihn nicht den Gesetzen der Beliebigkeit unterwerfen. Die Kirche und ihre Gottesdienstkultur zu bewahren heißt, sie zu erneuern. Eine Erneuerung der Kirche ist aber noch immer aus einer Neubesinnung auf die erneuernde Kraft der Bibel erwachsen. Das könnte auch unserer Gottesdienstkultur zu Gute kommen. Mancher normale Sonntagsgottesdienst ist ja nur deswegen zum Davonlaufen, weil sich die Pfarrerinnen und Pfarrer nicht mehr die Zeit nehmen (können), eine gut durchdachte Bibelauslegung zu formulieren. Aber Gott sei Dank, es gibt sie noch, die klassische Auslegungspredigt. Ganz gleich ob sie meine Zustimmung oder meinen Widerspruch herausfordert, sie baut an meinem Glauben. Wer auf sie verzichtet, setzt aufs Spiel, was uns evangelisch sein lässt.

*Pfarrer Dr. Michael Kannenberg
ist Lehrer an einem
Heilbronner Gymnasium*

Lieber Kollege Ristok,

Sie rufen unter dem pathetischen Motto „Bewahrung der württembergischen Gottesdienstkultur“ zur Überwindung der Dominanz des

Predigtgottesdienstes auf. Dass an unserem württembergischen Gottesdienst nicht alles so bleiben kann, wie's ist, sehe ich auch. Ihr Therapie-vorschlag beruht dennoch auf einem grundlegenden Missverständnis.

Man muss den Predigtgottesdienst nicht an den Rand rücken, sondern ihn endlich in seiner Flexibilität nutzen. Auch ein Familiengottesdienst ist der Grundstruktur nach ein Predigtgottesdienst. Im Prinzip gilt das auch für einen Jugendgottesdienst. Es kommt auf die sorgfältige Gestaltung an – hier, lieber Kollege Ristok, liegt der Hase im Pfeffer. Mit einem Wechsel der Formen ist es nicht getan, gut gemacht muss es sein. Und das heißt: eine Begrüßung ist wirklich eine Begrüßung, auswendig, mit Augenkontakt und nicht hippelig; eine Lesung ist gründlich vorbereitet; Gebete sind Gebete, d. h. da werden nicht irgendwelche Texte von Blättern in der Hand vorgelesen, sondern da wird gebetet, d. h. die Haltung ist innerlich wie äußerlich eine betende. Es werden Lieder ausgewählt, die kraftvoll gesungen werden können – ich gebe zu, hier haben wir viel Arbeit vor uns. Aber was nützt es, die Leute mit ansprechender Musik in die Kirchen zu locken, und dann kriegen sie irgendeine dünne Suppe serviert, nur weil's niederschwellig sein soll? An einer guten Predigt führt kein Weg vorbei. Sie muss ja nicht 30 Minuten dauern.

Mit Andachtsformen am Sonntagmorgen wäre ich vorsichtig, das würde ich dem meditativen Charakter entsprechend eher in Abendgottesdienste platzieren. Abendmahlsgottesdienst ja, volle Zustimmung! Und dann den altwürttembergischen Brauch aufnehmen – die Alten waren nicht doof – die Perikopenordnung auszusetzen und das Abendmahl selber zum Thema der Predigt zu machen. Weihnachten kann das Krippenspiel die Predigt sein, da ist viel möglich.

Übrigens geht das meiste, was Sie vorschlagen, mit unserem Gottesdienstbuch von 2004. Aber da schauen, glaube ich, leider nicht so viele rein. Stehen gute Sachen drin!

*Bernhard Leube
ist Pfarrer im Amt für Kirchenmusik,
Eislingen*

Phantastische Gottesdienste

Wolfgang Ristok hat Recht: Unsere Gottesdienste sind nicht mehr zeitgerecht. Sie sollen nicht jede Mode mitmachen. Aber wir sollten mehr Phantasie entwickeln und uns weniger bremsen lassen von jahrhundertlang gültigen Vorstellungen, wie ein Gottesdienst aussehen muss. Phantasie und Freiheit haben dieselbe Mutter: die Liebe. Mir fehlen allerdings in Ristoks Artikel drei Gesichtspunkte:

1. Im Gegensatz zu lehrhaften und also eher den Kopf ansprechenden Gottesdiensten sind Kirchenkonzerte häufig sehr gut besucht. Das gilt für eine große Breite von Heinrich Schütz bis zu Gospelchören. Wer allerdings die Kirchenmusik als Köder missbraucht, um seine Predigt doch noch loszulassen, vertut die Chance.

2. Die meisten Menschen sind immer weniger gewohnt, lange Texte (gesprochen oder geschrieben) zu lesen oder anzuhören. Sie brauchen Impulse, Statements, Gedanken, über die gesprochen wird. Damit will ich nicht Laaber-Gottesdiensten das Wort reden, sondern die Gottesdienstbesucher als erwachsene und ernst zu nehmende Menschen ansehen, die etwas zu sagen haben. Und natürlich tut denen auch meditatives Schweigen gut.

3. Wir Pfarrer haben verschiedene Erfahrungen (beruflich, privat), die wir mit einbringen. Und wir haben Leute in unseren Gemeinden mit einer großen Bandbreite von Kompetenzen, die sie auch im Gottesdienst einbringen können. Die theologische Kompetenz der Pfarrerinnen und Pfarrer wird im Dialog interessanter.

Das ist alles nichts Neues. Man müsste es nur tun.

*Gottfried Lutz
ist Pfr. i.R. und Psychoanalytiker*

**„Seid Autodidakten.
Wartet nicht, bis euch das Leben
eines Besseren belehrt.“**

STANISLAW JERZY LEC

GLOSSE

Kirche und Politik

VON JÖRG BOSS

Ein katholisches Sprichwort sagt: Wer nach Rom will, wird nie hinkommen. Mit anderen Worten: Wille zur Macht ist in der Kirche fehl am Platz.

Offener Gestaltungswille? Wirkt überheblich. Politik? Ist schmutzig. Wo Gottes Wille herrscht, steht man über solchen Dingen. So sehen es heute noch viele, auch in unserer Landeskirche.

Wir Protestanten sind – völlig unbiblisch – demokratisch organisiert. Aber bis in die 60er Jahre waren wir von Politik verschont. Gottesfürchtige Männer steuerten die Kirche. Das war natürlich keine Politik. Es war „staatstragendes Handeln“. Wie Bayern der CSU, gehörte ihnen ja die Landeskirche.

Die Gesellschaft aber erwachte. Mit ihr die OFFENE (!) KIRCHE. Als die sich einmischte, galt das plötzlich als „politisch“. Für viele patentierte Christenmenschen war das ein Schock. Die Endzeit schien in greifbarer Nähe. Aber die Kirche machte Fortschritte in Demokratie und Transparenz – entsprechend der Botschaft des befreienden Evangeliums.

Manch einer fürchtet heute, die OK könnte eines Tages die Mehrheit in der Synode erhalten. Er möge sich trösten mit der Erkenntnis, dass die Mehrheit nicht immer richtig entscheidet. Das lehrt die Erfahrung. So hat die Synode zum Beispiel ihre Chance verpasst, die Lebensformen im Pfarrhaus zu „modernisieren“ – auch so ein schlimmes Wort.

INTERVIEW

LESERBRIEFE III

KIRCHE

Die Verzweiflung hat keine Stimme

Interview mit Johannes Flothow, Referent für Internationale Diakonie im Diakonischen Werk Württemberg, Projektleitung FairCare

Die Offene Kirche geht in die Kirchenwahlen mit dem Motto „Für Vielfalt und Gerechtigkeit – mit Profil und Biss“. Wie gerecht geht es in der häuslichen Betreuung zu, wenn Frauen aus Osteuropa beschäftigt werden, um pflegebedürftige Menschen zu Hause zu versorgen?

JOHANNES FLOTHOW: „98 Prozent der Frauen in deutschen Haushalten arbeiten nach Einschätzungen der Agentur für Arbeit irregulär. Die Beschäftigung könnte gerecht sein, wenn sie legal wäre. Als wir uns zu Beginn mit dem Thema osteuropäischer Betreuungskräfte in deutschen Haus-

halten befassten, haben wir versucht, eigene Standards für faire Beschäftigung in diesem Bereich festzulegen. Schnell wurde uns klar, dass solche Standards weit entfernt von der Lebenswirklichkeit sind. Es müssen gesetzliche Regelungen gefunden werden, die der Lebenswirklichkeit entsprechen.

Gerecht, also legal und regulär, ist die Beschäftigung von häuslichen Betreuungskräften, wenn sie sozialversichert sind und wenn das Arbeitsrecht eingehalten wird. Nach geltenden Bestimmungen gilt die 40-Stunden-Woche. Maximal acht Überstunden sind erlaubt.“

Was sind die Folgen, wenn es nicht fair zugeht?

„Viele Frauen werden mit den pflegebedürftigen Menschen sehr allein gelassen. Oft wird erwartet, dass sie sieben Tage pro Woche arbeiten, rund um die Uhr. Wenn es gut läuft, haben sie zwei Stunden „geregelte Freizeit“ pro Tag, nämlich dann, wenn die betreute Person einen Mittagsschlaf hält. Die Arbeitszeit sprengt jeden Rahmen.

In unserer FairCare-Beratungsstelle rufen viele Frauen an, die völlig überfordert sind – fachlich und emotional. Es gibt die Mär, dass polnische Frauen für demenzkranke Menschen genau das Richtige wären, weil sie zwar kaum deutsch sprechen, aber dafür einfach „Liebe schenken“. Tatsächlich ist die Arbeit mit demenzkranken Menschen sehr belastend. Und die Frauen können sich nicht abgrenzen, denn sie leben ja mit ihren Klienten zusammen. Die Verzweiflung und Hilflosigkeit der Frauen hat keine Stimme. Man hört nichts von ihnen. Doch in unseren Beratungsstellen wird sie deutlich. Und auch bei unseren Partnern in Polen und Rumänien, die die Frauen oft bitten, ihr Erlebtes niederzuschreiben, um die belastenden Erfahrungen zu verarbeiten.“

Wie viele Frauen sind betroffen?

„Rund 100.000 bis 150.000 Menschen arbeiten irregulär in der häuslichen Betreuung in Deutschland. In Baden-Württemberg sind es nach Schätzungen der Sozialstationen 25.000 bis 30.000 Frauen.“

Warum kommen die Frauen nach Deutschland?

„In unserem Projekt beobachten wir, dass die Frauen aus Polen und Rumänien im Durchschnitt 52 Jahre alt sind. Auf dem Arbeitsmarkt in ihrer Heimat haben sie sehr schlechte Chancen, vor allem, wenn sie einmal arbeitslos geworden sind. Viele nehmen aber auch unbezahlten Urlaub, um in Deutschland ihr Gehalt aufzubessern. Denn die 300 Euro pro Monat, die sie zu Hause verdienen, sind zu wenig zum Leben. Viele kommen aus verschuldeten Familien. Sie haben während des wirtschaftlichen Aufschwungs bis 2007 kleine An-



JOHANNES FLOTHOW

schaffungen getätigt, wie z.B. einen neuen Fernseher oder Renovierungen an ihren Häusern. In der Krise seit 2009 können sie die Kredite nicht mehr bedienen und brauchen dringend zusätzliches Einkommen.“

Sind die Frauen für die Betreuung älterer Menschen qualifiziert?

„Ganz selten. Wir schätzen, dass weniger als 10 Prozent aus dem Bereich Gesundheit und Soziales kommen. Viele haben aber in ihrer eigenen Familie oder durch jahrelange Arbeit im Ausland Erfahrungen in der Betreuung gesammelt.“

Welche Alternative haben Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen?

„In unserem Projekt FairCare bieten wir neben der Beratungsstelle für betroffene Frauen aus Osteuropa auch eine legale Vermittlung von Betreuungskräften an. Hier finden Menschen Hilfe, die für die Betreuung ihrer Angehörigen Unterstützung brauchen, aber keine 24-Stunden-Betreuung. Das kann z.B. eine ältere Frau sein, die ihren Ehemann pflegt und für einige Stunden am Tag entlastet werden möchte. FairCare ist auch möglich für berufstätige Angehörige, die nur während der Arbeitszeit Unterstützung brauchen, für die Betreuung nach einer Reha-Maßnahme oder in einer Situation, in der die Nachbarschaftshilfe sehr gut funktioniert. In allen Fällen ist es sehr wichtig, dass eine gute pflegerische Versorgung durch die Sozialstationen existiert, denn die Frauen können nur alltagspflegerische Aufgaben übernehmen.“

Wie viel kostet eine legale Betreuungskraft?

„Eine Arbeitskraft für 40 Stunden pro Woche kostet rund 2.000 Euro im Monat. Es gibt Agenturen, die Betreuungskräfte für 1.200 bis 1.400 Euro anbieten. Dies kann nur durch Schwarzarbeit funktionieren auf Kosten der sozialen Absicherung. Für die Finanzkontrolle scheint die Grenze zwischen Polen und Deutschland unüberwindbar zu sein. Das ist unfassbar. Es muss endlich nachgedacht werden, wo die entsendenden Firmen Steuern zahlen und dafür gesorgt werden, dass die Frauen legal und mit vollem Sozialschutz arbeiten.“

Was kann die Politik tun?

„Das Wegschauen hat System. Wir brauchen gesetzliche Regelungen, die für die Betreuungsarbeit in den Haushalten einen Rahmen schafft. Arbeitszeit und Bereitschaftszeit müssen geregelt werden. Die Schwarzarbeit wird toleriert, weil wir keine politische Lösung haben. Und weil Familien und Pflegekassen viel Geld sparen, rund 800 Millionen Euro pro Jahr. Wenn wir älter werden, brauchen wir alle Betreuung und das ist teuer. Es darf nicht mehr heißen, anders kann man es nicht finanzieren als durch Schwarzarbeit. Länder wie Österreich haben uns vorgemacht, dass es Lösungen gibt, wenn der politische Wille da ist. Dass in Deutschland das ILO-Übereinkommen zum Schutz von Hausangestellten seit September 2013 gilt, gibt Hoffnung, dass sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Frauen aus Osteuropa, die in fremden Haushalten arbeiten, verbessern.“

DIE FRAGEN STELLTE
MAREIKE ERHARDT

Kirche ist für alle Menschen da.

In jüngster Zeit sind Leserbriefe geschrieben worden, in denen teils aus ethischer und teils aus christlicher Sichtweise die Ehen von Schwulen und Lesben äußerst kritisch behandelt oder gar verurteilt wurden. Dabei wurde mit wenigen Argumenten untermauert, dass solche Ehen die Glaubhaftigkeit der Kirche oder bei Adoption die Kinder gefährden. Mir ist die Art und Weise der „Beweisführung“ meist viel zu einfach und zu plump.

Aus christlicher oder biblischer Sicht scheinen ein paar Bibelzitate zu genügen und schon scheint klar zu sein, dass eine Homoehe nicht gottgewollt oder die Gleichgeschlechtlichkeit gar krankhaft und deshalb zu heilen ist. Ich will niemandem den Glauben absprechen und trotzdem führe ich jetzt ebenso eine Bibelstelle an: „Wenn ihr Glauben hättet wie ein Senfkorn, so würdet ihr zum Maulbeerbaum sagen: Entwurze dich und verpflanze dich ins Meer! Und er würde euch gehorchen.“ Da stiftete ich gern einen Maulbeerbaum und wir treffen uns am Bürgersee zum Test. Ich habe diese Bibelstelle bewusst gewählt, da sie der Auslegung bedarf. Wenn nun aber diese Bibelstelle nicht wörtlich zu nehmen ist, warum tun das viele Mitchristen bei anderen Bibelstellen? Und zuletzt: Seit wann sollen wir Menschen über andere urteilen? Ist die Kirche nicht vielmehr dann lebensfähig, wenn sie sich aller

Christen annimmt, die sich in ihr aufgehoben fühlen, und Raum für Austausch und Heimat gibt?

Gleich kritisch sehe ich die sich ständig wiederholende Forderung nach der „natürlichen“ Familienform, in der dann scheinbar automatisch das Kindeswohl gesichert ist. Da wird flugs ein Gutachten bemüht und schon ist alles erklärt. Nein! Eine Familie ist deutlich vielschichtiger! Haben es leibliche Kinder von alkoholkranken, straffälligen, gewalttätigen, depressiven, überforderten Eltern etwa besser? Sollen wir gleich mitverbieten, dass solche Eltern Kinder kriegen? Wo führt das hin? Können wir in zwei Sätzen darüber entscheiden, ob es einem Kind gut geht? Und wenn zum Beispiel die Tochter lesbisch wird – ist das etwas, was mit allen Mitteln verhindert werden sollte? Und warum? Haben es homosexuelle Kinder automatisch nicht gut oder nur, weil sie engstirnigen Mitmenschen begegnen?

Ich schlage vor, dass man sich mal die Mühe macht und mit den „irrenden“ Schwulen und Lesben spricht. Warum machen uns andere Formen Angst? Man sollte doch mal mitfühlen, was diese Menschen bewegt, und spüren, dass das nicht irgendeine abstrakte Prozentzahl der Bevölkerung ist! Man sollte sich Zeit lassen mit Urteilen, zuhören und sich nicht hinter Bibelstellen und Gutachten verschütten!

Eberhard Ellwangen,
Nürtingen-Reudern

Ökumene des Friedens

VON EBERHARD BRAUN

Papst Franziskus hat sich den „Schrei nach Frieden“ zu Eigen gemacht, „der lautstark ruft: Wir wollen eine friedliche Welt; wir wollen Männer und Frauen des Friedens sein; wir wollen, dass in dieser unserer Gesellschaft, die durch Spaltungen und Konflikte zerrissen ist, der Friede aufbreche und nie wieder Krieg sei! Nie wieder Krieg! Der Friede ist ein zu kostbares Gut, als dass er nicht gefördert und geschützt werden müsste.“

Eine Kette des Einsatzes für den Frieden will er schaffen und richtet seine „lautstarke und eindringliche Einladung ... an die gesamte katholische Kirche“ und weitet sie aus „auf alle Christen anderer Konfessionen, auf die Männer und Frauen der verschiedenen Religionen und auf jene Brüder und Schwestern, die nicht glauben. Der Friede ist ein Gut, das alle Grenzen überwindet, denn er ist ein Gut der ganzen Menschheit.“

Gerne folgen wir dieser Einladung! Mit einer wahrhaft pazifistischen Haltung und einer Sprache, bei der – ganz nebenbei – die ökumenischen Grenzbeziehungen seines Vorgängers keine Rolle mehr spielen, hat Franziskus mich überrascht. Da wird etwas erkennbar von der einen Kirche, zu der wirklich die „Brüder und Schwestern aller christlichen Konfessionen“ gehören – und von jener größeren Ökumene (wörtlich: „bewohnte Welt“), zu der „die Männer und Frauen der verschiedenen Religionen“ und auch „jene Brüder und Schwestern, die nicht glauben“, gehören. Ein bemerkenswerter Anstoß.

Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte

Das Übereinkommen 189 über eine „Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte“ der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vom Juni 2011 wurde von der Bundesrepublik Deutschland im Juli 2013 ratifiziert und trat im September 2013 in Deutschland in Kraft.

Weltweit arbeiten über 52 Millionen Menschen in fremden Haushalten, davon sind 44 Millionen Frauen. Das Übereinkommen lenkt die Aufmerksamkeit auf die oft prekären und ungeschützten Lebens- und Arbeitsbedingungen von Hausangestellten. Für Deutschland wird die Zahl der nicht-sozialversichert und irregulär in Haushalten arbeitenden Personen auf 2,25 Millionen Personen geschätzt. Zwischen 120.000 und 150.000 Betreuungskräfte aus Osteuropa leben und arbeiten oft nicht sozialversichert und unter unwürdigen Bedingungen in Haushalten mit pflegebedürftigen Personen.

Mit dem Inkrafttreten des ILO-Abkommens 189 hat sich Deutschland verpflichtet, für alle Hausangestellten – also auch für Betreuungskräfte – legale, sozialversicherte und würdige Arbeitsbedingungen zu schaffen. Insbesondere heißt das: transparente und legale Regelungen von Arbeitszeit, Ruhezeiten, Urlaub und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sowie Zugang zum gesetzlichen Sozialschutz, wie Krankenversicherung oder Rentenversicherung.

Das Projekt FairCare der Diakonie Württemberg setzt sich seit zwei Jahren dafür ein, würdige, legale und sozialversicherte Beschäftigungsverhältnisse auch für diese Frauen schaffen.

Johannes Flothow, Projektleitung Diakonie Württemberg, Tel: 0711 1656-282

Weitere Informationen:

- Vermittlung und Beratung durch vij:
Tel: 0711/23941-37, faircare@vij-stuttgart.de
- Beratung für Betreuungskräfte durch FIZ:
Kostenlose Hotline: 0800/99 55 600 oder bei
- Maria Simo: Tel: 0711/23941-25, simo@vij-stuttgart.de,
Flothow.J@diakonie-wuerttemberg.de
- Evangelische Frauen in Württemberg:
Tel: 0711/2068-220/279, efw@elk-wue.de



Offene Kirche Geschäftsstelle

Sabine Hutter
Calwer Straße 25/3

71272 Renningen

Für Vielfalt und Gerechtigkeit – mit Profil und Biss

Christen in Ägypten

VON ULRICH IMMENDÖRFER

Ägypten ringt mehr denn je um seine Zukunft. Ob die zweite Revolution das Land zur Demokratie führt, kann man erst in einigen Jahren beurteilen. Sicher ist aber: Auf Dauer bevormunden lassen sich die Ägypterinnen und Ägypter nicht mehr.

Aller Diskriminierung zum Trotz sind Ägyptens Kirchen heute voller denn je. Im Aufbegehren gegen Mubarak und Mursi standen Christen mit Muslimen zusammen. Aber als Minderheit haben Christen einen schweren Stand. Islamistische Gruppen sprechen ihnen das Heimatrecht ab. Sie sehen in ihnen allenfalls Bürger 2. Klasse. Wie viele Christen in Ägypten leben, ist nicht eindeutig festzustellen. Die Angaben schwanken zwischen 9 Millionen und 5,3 Millionen (6% laut staatlicher Angaben). Christliche Quellen sprechen von 17,6 Millionen (20%) bei einer Gesamtbevölkerung von 88 Millionen Menschen.

Einigkeit herrscht über die konfessionelle Aufteilung: 90% der Christen gehören zur koptisch-orthodoxen Kirche. Die verbleibenden 10% verteilen sich auf die Presbyterianer mit 700 000 Mitgliedern, die koptisch-katholischen Christen mit zirka 200 000 Mitgliedern und die Anglikaner mit nur 2 000 Mitgliedern. Dazu gibt es noch zahlreiche andere Kirchen, z.B. die griechisch-orthodoxe, die syrisch-orthodoxe oder die armenische Kirche, zusammen noch einmal zirka 100 000 Christen. Die christliche Minderheit in Ägypten ist so groß wie in keinem anderen Land im Nahen Osten.

Die koptisch-orthodoxe Kirche gehört zu den ältesten Kirchen überhaupt. Das Wort „Kopte“ (arabisch *qibti*) stammt von der altgriechischen Wurzel *aigyptos*, womit schon in der Antike das Land am Nil bezeichnet wurde. Der Überlieferung nach wurde sie schon im ersten Jahrhundert durch den Evangelisten Markus gegründet. Die koptische Kirche hat sich 451 beim Konzil von Chalcedon abgespalten. Streitpunkt war die Auseinandersetzung um die Natur Christi. Die Kopten haben einen Papst, der sich als Nachfolger des Evangelisten Markus versteht. Mit dem Besuch von Papst Schenuda III. bei Papst Paul VI. in Rom 1973 endeten nach 1500 Jahren die gegenseitigen Anfeindungen. Und für seinen Nachfolger Papst Tawadros II., der seit 2012 auf dem Stuhl des Heiligen Mar-



Am 10. Mai 2013 besuchte Papst Tawadros II in Rom Papst Franziskus.

kus sitzt, war der Vatikan eines seiner ersten Reiseziele. Das Treffen mit dem ebenfalls neuen Papst Franziskus am 10. Mai 2013 war ein ökumenischer Meilenstein.

Ein weiteres wichtiges ökumenisches Ereignis war am 18. 2. 2013 die Gründung des Ägyptischen Kirchenrats, in dem nun fünf Kirchen vertreten sind. Sein ausdrückliches Ziel ist, sich gegenseitig kennenzulernen und die Einheit der Christen in Ägypten zu fördern. Es war der neue Papst Tawadros II., der darauf drang, **dass alle fünf Konfessionen die gleichen Stimmrechte haben, egal ob sie wie die Kopten viele Millionen oder wie die Anglikaner nur wenige Tausend repräsentieren.**

Hier muss ich die Lektüre der Artikel und Berichte in dem „Magazin aus Mission und Ökumene – Eine Welt“ (www.emw-d.de/meldungen/meldung.281) unterbrechen. Gedan-

ken, Visionen gehen mir durch den Kopf: Wie würde sich unsere Landeskirche gestalten, wenn sich die verschiedenen Gruppierungen in der Synode so geschwisterlich gleichberechtigt geben könnten, anstatt der manches Mal merkwürdigen Konfrontation. Oder sind wir heute doch noch auf dem Stand des Konzils von Chalcedon und streiten uns um das Verständnis von Natur und Gestalt des Christus? Papst Tawadros (*1952) begrüßte bei einem Weihnachtsempfang im Dezember 2012 die Amtsbrüder der anderen Kirchen mit den Worten: „**Wir sind wie ein Garten, jeder ist eine Blume. Nur zusammen wirken wir.**“ – Haben unsere Synodalen, haben wir evangelischen Christen wenigstens innerhalb unserer Kirche eine solche Einstellung oder brauchen wir zuvor einen Papst vom Format des koptischen Papstes Tawadros II.?



Ich will die Offene Kirche kennen lernen:

Senden Sie mir bitte ausführliches Informationsmaterial zu:

- Ein Probeexemplar der „anstöße“
- Das aktuelle Wahlprogramm der Offenen Kirche
- Den elektronischen Newsletter (auch im Internet abrufbar)
- Nennen Sie mir bitte den Namen eines Ansprechpartners/in in der für mich zuständigen Bezirksgruppe.

Ich will die Offene Kirche unterstützen:

- Bitte senden Sie mir einen Mitgliedsantrag zu (auch im Internet abrufbar)

Bei Fragen dürfen Sie sich gerne an die Geschäftsstelle der OFFENEN KIRCHE wenden:

Tel.: 0 71 59-4 96 35 16
Mail: geschaeftsstelle@offene-kirche.de

IMPRESSUM

Die Zeitung **anstöße** der Offenen Kirche wird herausgegeben vom Vorstand der Offenen Kirche.

Vorsitzende: Ulrike Stepper
Ehrenvorsitzender: Fritz Röhm

Geschäftsstelle und Bestelladresse:
Sabine Hutter, Calwer Straße 25/3,
71272 Renningen,
Telefon 0 71 59-4 96 35 16
geschaeftsstelle@offene-kirche.de

Konten: OK-Konto: Kreissparkasse Ulm,
Nr. 1661 479 (BLZ 630 500 00);
AMOS-Preis-Konto: Evang. Kreditgenossenschaft
(EKK) Stuttgart, Nr. 3690 156 (BLZ 520 604 10).

Redaktion:
Renate Lück, Rainer Weitzel, Eberhard Braun,
Jörg Boss (V.i.S.d.P.), Ulrich Immendörfer.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die
Meinung des/der VerfasserIn wieder und stellen
nicht unbedingt die Meinungen der Herausgeber-
Innen oder der Redaktion dar.

Redaktionsadresse:
Renate Lück, Friedrich-Ebert-Straße 17/042,
71067 Sindelfingen, renate.lueck@offene-kirche.de

Gestaltung und Satz:
www.solutioncube.com

Druck:
Druckzentrum Neckar-Alb

Versand:
Behindertenzentrum (BHZ),
Stuttgart-Fasanenhof

Erscheinungsweise:
Die Zeitung **anstöße** der Offenen Kirche erscheint
nach Bedarf.

Bildnachweis:
S. 2 links: privat, rechts: Lück; S. 4 links oben: Bi-
schofskanzlei Holstein-Lübeck, rechts oben: Braun,
unten links: Lück, rechts: Braun; S. 6: privat; S. 8:
Getty Images

Auflage:
12.000 Exemplare

**Wir bitten ausdrücklich um Zusendung von
Manuskripten, Diskussionsbeiträgen,
Informationen, Anregungen und LeserInnen-
briefen. Die Redaktion behält sich das Recht
an Kürzungen vor.**

Umweltfreundlich gedruckt auf
80% Recycling-Papier.

Offene Kirche JK

Weitere Informationen über die Offene Kirche
und aktuelle Berichte zu unseren Themen finden
Sie unter www.offene-kirche.de

Absender/in

NAME

STRASSE

PLZ/ORT

TELEFON/FAX

E-MAIL

GEBURTSTAG*

BERUF*

*Freiwillige Angabe

www.offene-kirche.de